

Aide Mémoire

Querschnittsthema / Länderthema:

Philippinen

Beschreibung der Menschenrechtsproblematik:

Es kommt in den Philippinen weiterhin regelmäßig zu politisch motivierten Morden. Betroffen sind vorwiegend Lokalpolitiker, Journalisten und politische Aktivisten aus den Bereichen Landreform, Umwelt, Bergbauegnerschaft und Menschenrechte. Die Täter sind in vielen Fällen in den Reihen von Militär und Polizei zu suchen. Ein besonderes Problem sind paramilitärische Verbände (sogenannte CAFGUs), die außerhalb der Befehlskette stehen und vom Militär gezielt gegen Aktivisten eingesetzt werden. Darüber hinaus operieren ca. 100 Privatarmeen ungehindert in weiten Teilen der Philippinen, die von mächtigen Familienclans, Großgrundbesitzern und zum Teil von internationalen Konzernen kontrolliert werden.

Zunehmend werden politische Aktivisten vor allem auf Betreiben des Militärs mit konstruierten Anklagen belastet. Sie werden dadurch an ihrer Arbeit gehindert und müssen teilweise wegen verschleppter Verfahren sogar mehrere Jahre zu Unrecht im Gefängnis verbringen.

Viele der schwersten Menschenrechtsverletzungen ereignen sich im Rahmen der Aufstandsbekämpfung gegen die kommunistische NPA und die verschiedenen muslimischen Rebellengruppen. Zuletzt häuften sich Berichte, dass indigenen Gemeinschaften auf der Insel Mindanao, die vom Militär unter den Generalverdacht gestellt werden, die kommunistischen Rebellen zu unterstützen, davon besonders betroffen sind. Berichtet wird von der Besetzung von Schulen, Tötungen von Zivilisten u.a. durch Luftangriffe und von tausenden intern Vertriebenen. Positiv zu verzeichnen ist, dass der Friedensprozess mit der muslimischen MILF trotz eines schweren bewaffneten Zusammenstoßes im Januar 2015 fortgeführt wird. Gleichzeitig sind die Friedensverhandlungen mit der NPA aber weiterhin unterbrochen.

Keinen wesentlichen Fortschritt gab es bei der Bekämpfung von Straflosigkeit schwerer Menschenrechtsverletzungen. Nur in wenigen Fällen werden überhaupt ernsthafte Ermittlungen gegen Täter und Drahtzieher angestellt. Viele Gerichtsverfahren werden eingestellt, weil sich die Zeugen wegen des mangelnden Schutzes vor Vergeltung nicht trauen auszusagen. Ein positives Zeichen im Kampf gegen die Straflosigkeit war die Verhaftung des ehemaligen Armeegenerals Jovito Palparan im August 2014, dem schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Seine Verurteilung, die allerdings keinesfalls sicher ist, wäre ein wichtiges Signal an das Militär, dass solche Menschenrechtsverletzungen nicht weiter toleriert werden.

Fordern Sie die Philippinische Regierung auf:

- Fälle politischer Morde, von Verschwindenlassen und von Folter aufzuklären, die Täter vor Gericht zu stellen und die nötigen Reformmaßnahmen zu ergreifen, um neue Fälle zu verhindern.
- einen effektiven Zeugenschutz zu gewährleisten.
- die Praxis, politische Aktivisten und Oppositionelle mit konstruierten Anklagen zu belasten, einzustellen.
- Angriffe auf Zivilisten und Nichtkombattanten gemäß den Bestimmungen des Humanitären Völkerrechts einzustellen.
- die Friedensverhandlungen mit der NPA wieder aufzunehmen.
- allen themenbezogenen Sonderberichterstattern und Arbeitsgruppen des UN-Menschenrechtsrats und insbesondere dem Sonderberichterstatter zur Lage von Menschenrechtsverteidigern eine dauerhafte Einladung auszusprechen.
- alle Privatarmeen und paramilitärischen Verbände entweder in das Militär einzugliedern oder anderenfalls aufzulösen.